



Niederschrift

79. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 28.11.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrіd	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	17:10 Uhr bis 20:13 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	ab 17:05 Uhr
Herr Heinzел, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	bis 19:20 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:45 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	SPD	entschuldigt
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Frau Hartge, Landesdatenschutzbeauftragte
Herr Buchholz, Herr Böhme, EWP sowie Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Menzel, Kreiselterrat
Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Herr Heise, Herr Zeretzke, Herr Dr. Pokorny, GB 1
Frau Krusemark, Herr Munzel, Bereich Recht
Frau Henning, FB Schule und Sport
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
Herr Steffens und Frau Kosel, FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.11.2007
- 2 Jahresrechnung 2006
Vorlage: 07/SVV/0689
Fraktion BürgerBündnis/FDP
mit Änderungsantrag der Fraktion SPD
- 3 Verbilligte Abgabe von Grundstücken aus dem Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld für Maßnahmen der Pro Potsdam
Vorlage: 07/SVV/0741
Fraktion CDU
mit Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere
- 4 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)
Vorlage: 07/SVV/0814
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 5 Preisgünstiger Transport von Kita-, Hort- und Schulgruppen
Vorlage: 07/SVV/0823
Fraktion Familien-Partei
Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 6 Weitergabe von Daten an die SPSPG
Vorlage: 07/SVV/0834
Fraktion Die Andere
- 7 Denkmalbeirat
Vorlage: 07/SVV/0838
Fraktion Grüne/B90
- 8 Sozialrabatt beim Strom
Vorlage: 07/SVV/0882
Fraktion DIE LINKE
- 9 Liquidation der EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH
Vorlage: 07/SVV/0937
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 10 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserversorgungs- und -abgabensatzung WVS)
Vorlage: 07/SVV/0944
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 11 Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -abgabensatzung - AWS)
Vorlage: 07/SVV/0945
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 12 Externe Besetzung einer Koch / Köchin-Stelle für die Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache und dem Wohnheim
Vorlage: 07/SVV/1023
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 13 Budgets für Bürgerinitiativen
Vorlage: 07/SVV/1049
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
- 14.1 Bilanz Verwaltungsreform 2007
Vorlage: 07/SVV/0993
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 14.2 Medienbeauftragter
Vorlage: 07/SVV/0874
Oberbürgermeister
- 14.3 Konzept zum Aufbau und Arbeitsweise der Clearingstelle in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 07/SVV/1048
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 15 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.11.2007**
Frau Knoblich als stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung, so Frau Knoblich, schlage sie vor, den Tagesordnungspunkt 3 wegen fehlender Voten des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sowie für Finanzen und den Tagesordnungspunkt 9 wegen fehlender Voten des Ausschusses für Finanzen und des Ortsbeirates Fahrland zurückzustellen. Den Tagesordnungspunkt 6 bittet sie in der Behandlung vorzuziehen, da die Landesdatenschutzbeauftragte hierzu anwesend ist. Im Weiteren beantragt Herr Schüler das Rederecht für Herrn Menzel, Kreiselterrat, was mit Stimmenmehrheit bestätigt wird.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Hinweise und Änderungen; die Tages-

ordnung wird mit den genannten Änderungen mehrheitlich bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 78. Sitzung des Hauptausschusses vom 14. November 2007 gibt es keine Hinweise; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

zu 6 Weitergabe von Daten an die SPSG

Vorlage: 07/SVV/0834

Fraktion Die Andere

Frau Kirchner erläutert eingangs, dass mit diesem Antrag die Weitergabe personenbezogener Daten an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten verhindert werden solle. Da auch die Landesdatenschutzbeauftragte ein nicht ganz gesetzeskonformes Vorgehen der Schlösserstiftung festgestellt habe, sollten die Mittel der Stadt genutzt werden, so lange keine Daten weiterzugeben, bis die Bestimmungen seitens der Stiftung eingehalten werden.

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt die Landesdatenschutzbeauftragte Frau Hartge und bittet sie um eine Stellungnahme zum vorliegenden Antrag. Frau Hartge informiert über eine Anfrage der Presse, ob die Anfertigung von Fotos durch die Schlösserstiftung mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen vereinbar sei. Daraufhin habe sie sich mit der Stiftung in Verbindung gesetzt und darauf hingewiesen, dass dies nicht der Fall sei. Die Stiftung habe umgehend reagiert und das Fotografieren eingestellt und dies mit einem Schreiben vom gestrigen Tag noch einmal bestätigt. Trotzdem, so Frau Hartge, habe die Stiftung ein Recht darauf, Meldedaten zu erhalten, selbst dann, wenn die genannten Fotos gespeichert werden würden.

Auf die Nachfrage von Herrn Exner erklärt Frau Kirchner, dass sich damit der Antrag durch **Verwaltungshandeln erledigt** habe.

zu 2 Jahresrechnung 2006

Vorlage: 07/SVV/0689

Fraktion BürgerBündnis/FDP

mit Änderungsantrag der Fraktion SPD

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dem Antrag seine Zustimmung gegeben; der Änderungsantrag der Fraktion SPD wurde zurückgezogen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister hat sicherzustellen, dass zukünftig bei außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben durch Splittung der Beträge die Entscheidungsgremien (Stadtverordnetenversammlung und Hauptausschuss) nicht umgangen werden dürfen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 3 Verbilligte Abgabe von Grundstücken aus dem Entwicklungsgebiet

Bornstedter Feld für Maßnahmen der Pro Potsdam

Vorlage: 07/SVV/0741

Fraktion CDU

mit Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 4

Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)

Vorlage: 07/SVV/0814

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Eingangs erhält Herr Menzel Rederecht und erläutert die Auffassung des Kreiselternrats zur Regelung der Erstattung von Schülerfahrtkosten und insbesondere zur Angemessenheitsfrage. Er übergibt an die stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses ein Schreiben des Kreiselternrats an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zur Schülertransportkostenerstattung und die entsprechende Antwort des Ministeriums mit der Bitte, dieses dem Protokoll beizufügen. Die in seinen Ausführungen erwähnte Entscheidung des Verwaltungsgerichts und die „Satzung zur Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung an den notwendigen Kosten der Schülerbeförderung im Landkreis Ostprignitz-Ruppin“ wird dem Protokoll ebenfalls als Anlage beigelegt.

Frau Fischer verweist darauf, dass die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingereicht und das Ministerium die Angemessenheit der Satzung attestiert habe. Das jetzt vorgelegte Schreiben kenne sie nicht. In Gesprächen mit dem Kreiselternrat sei diese Problematik mehrfach besprochen worden. Sie sei der Auffassung, dass allein die Anzahl der Kinder nicht den sozialen Status widerspiegele. Mit dem für Potsdam gültigen Schülerticket können die Schüler nicht nur die Fahrt zur Schule absolvieren sondern dieses die ganze Woche durchgehend nutzen, auch an den Wochenenden und an Sonn- und Feiertagen. Wenn es eine Änderung geben solle, dann nicht in der Art, wie vom Ortsbeirat Groß Glienicke vorgeschlagen.

Ebenso sieht Herr Schüler den Antrag des Ortsbeirates für schwer umsetzbar, weil die städtische Situation eine andere sei als die der Landkreise und man die Fahrten nicht trennen könne zwischen Wohnort/Schule und anderen Zielen, da das gleiche ÖPNV-Netz genutzt werde. Somit seien die tatsächlichen Schülerfahrtkosten nicht feststellbar. Er sei ebenso dafür, bedürftige Eltern zu entlasten; es sei aber schwierig, dem Anliegen des Ortsbeirates Groß Glienicke zuzustimmen. Deshalb spreche er sich für eine Vertagung und weitere Prüfung des Anliegens aus. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und meint, man könne das Anliegen mit dem Antrag zum Tagesordnungspunkt 5 evtl. verknüpfen und Möglichkeiten prüfen.

Anschließend beantragt Herr Schubert die Vertagung der Drucksache, die mit Stimmenmehrheit **angenommen** wird.

zu 5

Preisgünstiger Transport von Kita-, Hort- und Schulgruppen

Vorlage: 07/SVV/0823

Fraktion Familien-Partei

Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP

Herr Gohlke verweist auf das vorliegende Votum des Ausschusses für Finanzen zu einem geänderten Beschlusstext, der folgenden Wortlaut hat und allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (VIP) Sonderangebote für Kita-, Hort- und Schulgruppen zu entwickeln und die kostenlose Beförderung von Kindern und Schülern der Grundschulen mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadtgebiet der Landeshauptstadt

Potsdam zu prüfen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6. Februar 2007 vorzulegen.“

Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass in dem Beschlussvorschlag Sonderverkehre und nicht Linienverkehre gemeint seien. Dies bestätigt Frau Bankwitz, da es sich aus dem Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP ergebe. Herr Gohlke übernimmt die Änderung von „Sonderangebote“ in „...im Sonderverkehr Angebote ...“.

Die stellvertretende Vorsitzende stellt den geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Finanzen, einschließlich der o.g. von Herrn Gohlke übernommenen Modifizierung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (VIP) im Sonderverkehr Angebote für Kita,- Hort- und Schulgruppen zu entwickeln und die kostenlose Beförderung von Kindern und Schülern der Grundschulen mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 6. Februar 2007 vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 7

Denkmalbeirat

Vorlage: 07/SVV/0838

Fraktion Grüne/B90

Herr Schüler verweist darauf, dass es in Potsdam unterschiedliche Meinungen zum Umgang mit Denkmälern gebe. Deshalb solle dies zukünftig in einem Denkmalbeirat beraten werden.

Frau Dr. von Kuick-Frenz begrüßt die Einrichtung eines Denkmalbeirates und verweist auf die Behandlung des Antrags im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen und den dort einstimmig verabschiedeten geänderten Beschlusstext, der von Herrn Schüler namens der Antragstellerin übernommen wird und der folgenden Wortlaut hat:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach § 18 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Brandenburg beruft der Oberbürgermeister einen sachverständigen, unabhängigen Beirat, der die Denkmalschutzbehörde bei der Durchführung ihrer Aufgaben berät und unterstützt.

Bei der Auswahl der sachverständigen Mitglieder wird darauf geachtet, dass die Fachgebiete Kunst- und Gartengeschichte, (Landes)Geschichte sowie das Handwerk und die Grundeigentümer vertreten sind. Darüber hinaus gehören dem Denkmalbeirat auch Vertreter der in der SVV vertretenen politischen Parteien an. Im Übrigen steht es dem Denkmalbeirat frei, ehrenamtliche Vertrauensleute zu bestellen, die seine Arbeit auf örtlicher Ebene oder für bestimmte Sachgebiete unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung im Entwurf zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung im I. Quartal 2008 vorzulegen.

Der nachstehende Auszug aus dem Beschlusstext wird herausgenommen und in die Begründung übernommen.

Insbesondere wird der Denkmalbeirat vor Baumaßnahmen gehört, die den Abbruch oder Teilabbruch eines Kulturdenkmals, starke Eingriffe in die Substanz eines Kulturdenkmals oder wesentliche Veränderungen des äußeren Erscheinungsbildes eines Kulturdenkmals bedeuten.

Die Nachfrage von Herrn Krause, was aus dem Anfang der 90er Jahre gebildeten Beirat zum gleichen Thema geworden sei, kann nicht beantwortet werden.

Die stellvertretende Vorsitzende stellt den vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Nach § 18 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Brandenburg beruft der Oberbürgermeister einen sachverständigen, unabhängigen Beirat, der die Denkmalschutzbehörde bei der Durchführung ihrer Aufgaben berät und unterstützt. Bei der Auswahl der sachverständigen Mitglieder wird darauf geachtet, dass die Fachgebiete Kunst- und Gartengeschichte, (Landes)Geschichte sowie das Handwerk und die Grundeigentümer vertreten sind. Darüber hinaus gehören dem Denkmalbeirat auch Vertreter der in der SVV vertretenen politischen Parteien an. Im Übrigen steht es dem Denkmalbeirat frei, ehrenamtliche Vertrauensleute zu bestellen, die seine Arbeit auf örtlicher Ebene oder für bestimmte Sachgebiete unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung im Entwurf zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung im I. Quartal 2008 vorzulegen.

Der nachstehende Auszug aus dem Beschlusstext wird herausgenommen und in die Begründung übernommen.

Insbesondere wird der Denkmalbeirat vor Baumaßnahmen gehört, die den Abbruch oder Teilabbruch eines Kulturdenkmals, starke Eingriffe in die Substanz eines Kulturdenkmals oder wesentliche Veränderungen des äußeren Erscheinungsbildes eines Kulturdenkmals bedeuten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 8 Sozialrabatt beim Strom
Vorlage: 07/SVV/0882
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein und verweist darauf, dass die Fraktion die Anregung für diesen Vorschlag von eon.edis erhalten habe, bei der Kunden mit einer Befreiung von der GEZ einen Antrag auf Sozialrabatt stellen können und dann keine Grundgebühr mehr bezahlen würden. Ihm sei bewusst, dass die Entscheidung letztlich beim Unternehmen liege, auch wenn ein entsprechender Impuls von der Stadtverordnetenversammlung ausgehe.

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Paffhausen und bittet um eine Stellungnahme seinerseits. Herr Paffhausen berichtet, dass sich der Aufsichtsrat der EWP mit diesem Thema auseinandergesetzt und eine Entscheidung auf Januar nächsten Jahres vertagt habe, um ein Votum seitens der Stadt dazu zu erhalten. Die Begeisterung dazu sei „nicht sehr hoch“ gewesen, insbesondere nicht bei den privaten Partnern der EWP. Im Ergebnis sei festzustellen, dass es machbar sei, man ungefähr wisse, was es koste; im Endeffekt liege die Entscheidung jedoch beim Aufsichtsrat der EWP. Herr Exner merkt an, dass es eigentlich kein Sozialrabatt sei, der da angeboten werde, weil die Zeit und auch die Anzahl der Nutzer begrenzt sei. Insofern sei es eher eine PR- bzw. Marketingmaßnahme. Ob das 1:1 übernommen werde, müsse man ebenso diskutieren, wie die Frage, ob die Betroffenen überhaupt etwas davon haben, weil dieser Sozialrabatt auf andere Leistungen angerechnet werde und sich das letztlich zugunsten von Bundesmitteln auswirke. Herr Schubert fragt nach, wer oder was „finanziell schwache Haushalte“ seien - für ihn ein nicht definiertes „Gummiband“.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Stadt private Unternehmen beim Wort nehmen und diesen Vorschlag auf die Bedingungen der Stadt bezogen prüfen solle. Deshalb und um die Bandbreite in der Stadt auszunutzen, habe die Fraktion DIE LINKE den Antrag relativ offen gehalten. Die Entscheidung müsse im Unternehmen getroffen werden – eine Prüfung sollte aber gemeinsam mit der Stadt erfolgen.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass dieser Sozialrabatt, wie auch das kostenlose Schulessen auf die Sozialhilfe und auf die Grundsicherung anzurechnen sei. Dazu liege eine rechtliche Stellungnahme vor. Da zweckgebundene Vergünstigungen anzurechnen seien, befinde man sich hier nicht mehr im Bereich einer Ermessensentscheidung und erhöhe den Verwaltungsaufwand zugunsten von Bundesmitteln.

Herr Schüler sieht das Anliegen des Antrags bereits als erfüllt an, da das Unternehmen das Anliegen geprüft habe und an dem Thema festhalten wolle. Deshalb schlage er eine Befassung im Hauptausschuss im Februar 2008 vor, wenn ein entsprechendes Gutachten vorliege, da erst dann sinnvoll entschieden werden könne.

Herr Mühlberg betont, dass er die finanziellen Auswirkungen einer derartigen Entscheidung wissen wolle, da die EWP eine besondere Rolle in Bezug auf den ViP erfülle. Wenn die Zuschüsse der EWP an den ViP sinken, sei die Frage, wie viel die Stadt dem ViP „zuschießen“ müsse. Damit „schiebe“ man das Geld im Kreis umher. Herr Gohlke hält den Antrag für nicht sinnvoll, da nur ein Teil der Berechtigten befreit werden. Wenn, dann sollte es für alle gelten und man sollte anteilig befreien. Er weist darauf hin, dass nicht alle von der GEZ-Gebühr Befreiten, Kunden der PAGA seien. Studenten z.B. betreffe das nicht und ihnen käme der Betrag direkt zugute.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass es klar sei, dass die Einführung eines Sozialrabatts kein einfach zu lösendes Problem sei. Vor kurzem wurde das Problem des kostenlosen Kita-Besuchs mit dem Hinweis angesprochen, dass es natürlich nicht gleich umzusetzen sei. Deshalb sollte die Tür erst einmal „aufgestoßen“ und nicht abgewartet werden. Die EWP brauche von der Stadt ein Signal und ein Votum, sonst sei die Sache „abgehakt“. Auch er sei dafür, dass diese Vergünstigung nicht denen zugute komme, die am schnellsten und pfiffigsten seien, sondern man solle versuchen allen gleichermaßen diesen Weg zu öffnen.

Herr Schubert betont, dass die Entscheidung der Aufsichtsrat treffe und die Mitglieder, die von der Stadtverordnetenversammlung entsandt wurden, dort auch etwas bewegen könnten. Er kritisiert die „Umwege“ über den politischen Raum und meine, dass die Aufsichtsratsmitglieder ihrer Verantwortung gerecht werden

müssen. Deshalb schließe er sich dem Vorschlag von Herrn Schüler an, eine erneute Behandlung für den Februar 2008 zu beschließen, wenn man wisse, was das koste. Der Vertagung auf Februar schließt sich auch Herr Schröder an und meint, dass das Festmachen an der GEZ-Gebührenbefreiung zu kurz gegriffen sei. Er bitte Frau E. Müller um eine Definition bis zum Februar 2008, was „sozial schwach“ sei und sich dabei an europäische Standards anzulehnen.

Herr Krause sieht in der Diskussion eine „Überfrachtung“ des Antrags, da er nur als Befassungsgrundlage für den Aufsichtsrat dienen solle. Er meine, die EWP werde eine begründete Entscheidung vorlegen. Frau Kirchner schlägt vor zu prüfen, ob der Sozialrabatt auf andere Kunden umgelegt werden könne.

Herr Schüler betont, dass die Diskussion zeige, dass eine Entscheidung in der heutigen Sitzung nicht getroffen werden könne, da es viele Fragen und wenig Antworten gebe. Dieser Antrag solle den Oberbürgermeister zu einer Prüfung veranlassen und das sei bereits passiert, ohne dass es eines Beschlusses bedurfte. Herr Exner schlägt zur Vereinfachung des Verfahrens vor, dass Herr Paffhausen eine erneute Berichterstattung im Hauptausschuss nach Prüfung des Anliegens durch die EWP zusage und dies zu Protokoll genommen werde. Dem entgegnet Herr Krause, dass der Ausschuss für Finanzen das Für und Wider dieses Antrages geprüft und einen geänderten Beschlusstext vorgeschlagen habe. Dieser sollte an Herrn Paffhausen als Handlungsgrundlage und Auftrag für eine intensive Prüfung gegeben werden.

Herr Schubert beantragt per Geschäftsordnung eine Vertagung der Drucksache auf den Februar 2008, die mit 6 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen abgelehnt wird.

Herr Paffhausen schlägt anschließend vor, mit oder ohne Beschluss zu prüfen, was man sich leisten könne, die Begrifflichkeiten zu formulieren und einen Vorschlag unter Beachtung der sozialen Komponenten zu unterbreiten.

Herr Krause beantragt per Geschäftsordnung den Schluss der Rednerliste, der mit Stimmenmehrheit angenommen wird.

Als letzte Redner erhalten Herr Schubert und Herr Mühlberg das Wort. Herr Schubert merkt kritisch an, dass der Antrag beschlossen werde, ohne zu wissen, was das Anliegen koste. Die Aufsichtsratsmitglieder enthalten sich bei den Entscheidungen der Stimme und suchen anschließend den Weg über den politischen Raum, was eine Art und Weise sei, die nicht „gehe“. Sie sollten Verantwortung gegenüber dem Unternehmen und der Stadt übernehmen.

Herr Mühlberg verweist auf seine bereits geäußerten Bedenken, dass die Stadt den Zuschuss an den ViP erhöhen müsse und betont, dass jeder Rabatt das Ergebnis des Unternehmens schmälern und jeder fehlende Euro über andere Wege wieder eingeholt werden müsse.

Anschließend wird der geänderte Beschlusstext des Ausschusses für Finanzen zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) ab 2008 einen Sozialrabatt für Strom einführt. Dabei soll finanzschwachen Haushalten die Grundgebühr erlassen werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dieses Anliegen zur Prüfung und Entscheidung an die EWP heranzutragen.

Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung **am 6. Februar 2007** zu informieren.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 7

zu 9 Liquidation der EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH

Vorlage: 07/SVV/0937

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

zurückgestellt

zu 10 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserversorgungs- und -abgabensatzung WVS)

Vorlage: 07/SVV/0944

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zu 11 Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -abgabensatzung - AWS)

Vorlage: 07/SVV/0945

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Hierzu wird eine **gemeinsame** Behandlung der beiden Tagesordnungspunkte beschlossen.

Herr Steffens bringt die Vorlagen der Verwaltung ein und verweist auf die vorgeschlagenen Änderungen, die rot markiert seien.

Herr Schröder bringt anschließend einen Änderungsantrag der Fraktion CDU mit folgendem Wortlaut ein:

1. *Staffelung der Gebührenerhöhung für **Trinkwasser***
 - *bis Ende 2009 keine Gebührenerhöhung*
 - *ab 2010 bis 2012 Anhebung um jeweils 5 ct/m³/Jahr*
2. *Staffelung der Gebührenerhöhung für **Abwasser***
 - *2008 bis 2010 Anhebung um jeweils 20 ct/m³/Jahr*
 - *2011 bis 2012 Anhebung um jeweils 15 ct/m³/Jahr*

Herr Schüler merkt an, dass er mit den vorliegenden Satzungen Probleme und viele Fragen habe und ihm der Grund für die Erhöhungen nicht klar sei. Zwar liege das Gutachten vor, was die Erhöhung der Trinkwasserkosten darstelle, aber das sei schwer einschätzbar und so sehe er sich außer Stande, sich eine abschließende Meinung zu bilden.

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut ein:

Die Erhöhung der Gebühren für Abwasser erfolgt stufenweise in den Jahren 2008, 2009 und 2010. Die Erhöhung soll in jedem Jahr 20 Cent betragen.

Die zuständigen Gremien der EWP werden aufgefordert, durch die Erschließung von Spareffekten einem weiteren Gebührenanstieg entgegenzuwirken.

Anschließend weist er die von Herrn Schubert zum Tagesordnungspunkt 8 erhobenen Vorwürfe gegenüber den Aufsichtsratsmitgliedern und der Wahrnehmung ihrer Verantwortung zurück. Alle seien in der Verantwortung, die ständigen Preiserhöhungen zu prüfen und verträglich zu gestalten. Die vorgelegten Satzungen

werden als nicht verträglich angesehen und seien deshalb zu prüfen. Und um die Erhöhungen verträglicher zu gestalten schlage die Fraktion DIE LINKE einen Stufenplan über einen Zeitraum von 3 Jahren vor. Die Trinkwassersatzung solle nach Auffassung seiner Fraktion beibehalten werden, was im Änderungsantrag der Fraktion CDU nicht enthalten sei. Ihn erstaune dieser, weil für den langen Zeitraum die unternehmerischen Voraussetzungen geschaffen werden müsse. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters im letzten Hauptausschuss verweist er darauf, dass Investitionspläne sehr wohl vor ihrer Genehmigung dem Hauptausschuss vorzulegen seien und bittet, dies auch für 2008 so zu handhaben.

Herr Schubert fragt nach, ob es Berechnungen gebe, wie hoch die Verluste bei den vorgeschlagenen Varianten seien und zu wessen Lasten diese gehen.

Herr Mühlberg verweist darauf, dass es eine Vorlage und ein Gutachten gebe, wie sich die Gebührenerhöhungen rechnen. Entsprechend Kommunalabgabengesetz bestehe die Verpflichtung, die entstehenden Kosten in Rechnung zu stellen und deshalb müsse geprüft werden, ob hier überhaupt ein Handlungsspielraum vorliege.

Auf die Ausführungen von Herrn Steffens Bezug nehmend fragt Frau Paulsen, ob die Ortsbeiräte von Caputh und Geltow angehört wurden und wie es sich mit dem Kostensatz für Grundstücksanschlüsse verhalte. Herr Steffens führt aus, dass mit den genannten Ortsbeiräten noch kein Kontakt aufgenommen wurde, weil der entsprechende Beschluss noch nicht vorliege. Bezüglich der Hausanschlüsse favorisiere die Verwaltung eine pauschalisierte Lösung. Er macht darauf aufmerksam, dass die EWP für das Netz und die Hauseigentümer für den Anschluss verantwortlich seien. Frau Paulsen spricht sich dafür aus, den beiden Ortsbeiräten bereits den Entwurf zur Kenntnis zu geben und von diesen eine Stellungnahme zu erhalten.

Herr Exner meint, dass die Änderungsanträge das Ziel haben, die Gebührenerhöhungen verträglicher zu gestalten und auf einen längeren Zeitraum zu strecken. Hierzu müsse Herr Paffhausen Stellung nehmen, ob das mit dem Entgelt-erhöhungsbegehren vereinbar sei.

Herr Paffhausen antwortet darauf, dass 2 – 3 Jahre nicht ausreichen werden, um die Kostendefizite für die EWP auszugleichen. Der Vertrag der EWP gebe die Erhöhungen gegenüber der Stadt wieder und dem entspreche auch das Entgelt-erhöhungsbegehren. Die entstandenen Defizite müssten dann später nachgeholt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er ableitend aus der Diskussion keine grundsätzlichen Widersprüche zu einem Stufenplan sehe; es sei nur die Frage, ob dieser über 3 oder 5 Jahre laufe. Auf das Unternehmen sollte ein „sanfter Druck“ ausgeübt werden, um eine klare Planung in Jahresscheiben vorzulegen. Deshalb sollte der Auftrag einer gemeinsamen Prüfung mit der Stadt an die EWP ergehen, die den Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE und der CDU entsprechen. Diesem Vorschlag schließt sich Herr Schubert an und meint, es solle eine auf 5 Jahre angelegte Stufenplanung festgelegt und das Entgelterhöhungsbegehren entsprechend modifiziert werden. Ein neuer Vorschlag soll bis zur nächsten Woche erfolgen. Herr Exner schlägt vor, sich bis Anfang nächster Woche „alle Schrauben“ anzugucken und zu checken, ob die Vorschläge unter Beachtung aller gesetzlicher Vorgaben umsetzbar seien. Die Satzungen müssen jedoch ab 01.01.2008 wirksam werden, da ansonsten die Stadt zuschießen müsse, was nicht passieren dürfe.

Herr Schröder meint, er wolle den Änderungsantrag zurückstellen, um noch einmal zu rechnen. Er gehe davon aus, dass Einigkeit darüber bestehe, dass ein 5-Jahres-Zeitraum geprüft werde und hofft, dass es dann einen fraktionsübergrei-

fenden Antrag geben könne.

Auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden ist der überarbeitete Antrag bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Herr Dr. Scharfenberg merkt abschließend an, dass sich die Änderungen dann nur auf die Gebührensatzung beziehen und nicht auf andere Satzungsbestandteile.

zu 12 Externe Besetzung einer Koch / Köchin-Stelle für die Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache und dem Wohnheim

Vorlage: 07/SVV/1023

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Fischer bringt die Vorlage ein:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die befristete externe Einstellung eines Koches / einer Köchin für die Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache und dem Wohnheim ab 1. Dezember 2007 zunächst bis zum 31.07.2008, längstens bis zur Rückkehr der Stelleninhaberin. Die Dauer richtet sich nach dem Zeitraum der Arbeitsunfähigkeit der Mitarbeiterin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen:

zu 13 Budgets für Bürgerinitiativen

Vorlage: 07/SVV/1049

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

Frau Fischer bringt die Vorlage ein und erläutert das Vorgehen für 2007. Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass er den Vorschlag unterstütze, für die weitere Diskussion jedoch eine Grundausstattung statt der jetzigen Projektförderung favorisiere.

Herr Schüler spricht sich gegen den Vorschlag aus, den er für den falschen Weg halte, da Verwaltung und Politik eine Auswahl treffen. Die Gründe für die Nichtberücksichtigung von Bürgerinitiativen würden fehlen, was vergleichsweise einer Willkür entspreche. Insofern habe er mit dem gewählten Verfahren große Schwierigkeiten. Dem schließt sich Frau Bankwitz an und kritisiert, dass nicht ersichtlich sei, wie viele Bürgerinitiativen Berücksichtigung finden sollten, ob das Budget ausreichend sei und auf welcher Grundlage die jetzt vorgeschlagenen Bürgerinitiativen ausgewählt wurden. Herr Heinzl meint ebenso, dass das Anliegen nicht in die „richtige Richtung“ laufe und fragt nach dem Unterschied von Bürgerinitiative und eingetragener Verein.

Frau Fischer verweist in ihrer Antwort darauf, dass sich eine Arbeitsgruppe damit befassen werde, Richtlinien für die kommenden Jahre zu erarbeiten. Die jetzt vorgelegten Vorschläge sollen Stadtteilinitiativen würdigen, die besonders aktiv, verdienstvoll und langjährig gearbeitet haben. In der Kürze der Zeit sei ein anderes Vorgehen nicht möglich gewesen. Somit erfolgt der Vorschlag auf der Grundlage des Beschlusses der StVV.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, warum dieses Thema im Bereich Kultur und nicht im Bereich Bürgerkommune angesiedelt worden sei, antwortet Frau Fischer, dass die Arbeitsgruppe geschäftsübergreifend gearbeitet habe und sie die Vorlage „nur“ eingereicht habe.

Herr Mühlberg fragt, warum der Förderverein Holländisches Viertel nicht berücksichtigt wurde, der seit geraumer Zeit Schwierigkeiten habe, seine Veranstaltungen, wie das Tulpen- und das Sinterklaas-Fest zu finanzieren. Frau Fischer entgegnet, dass der Verein eine Förderung erhalte und betont, dass sich die Arbeitsgruppe bemüht habe, nach den Kriterien des Beschlusses der StVV die zur Verfügung stehenden Mittel noch in diesem Jahr zu verteilen und für die nächsten Jahre Förderkriterien zu erarbeiten.

Herr Dr. Scharfenberg fordert dazu auf, das gute Anliegen nicht zu zerreden, denn vor der Beschlussfassung habe man darüber ausgiebig diskutiert und eine stabile Arbeit als Grundsatz festgelegt. Der Gedanke war, ein ähnliches Verfahren wie in den Ortsbeiräten zu finden und so sei zukünftig eine stabile Lösung für die Vergabe zu finden. Er bittet für 2007, dem vorgeschlagenen Verfahren die Zustimmung zu geben.

Herr Schubert sieht als Begründung der Diskussion ein „Begriffskuddelmuddel“ und spricht sich dafür aus, den vorliegenden Antrag abzustimmen, weil er dem Auftrag der StVV entspreche und dann im nächsten Jahr klare Definitionen zu schaffen.

Im Weiteren äußern sich Frau Paulsen zur Initiative „Am Neuen Garten“, Frau Bankwitz zum Kriterium der Größe der Initiativen und Herr Schüler zu seiner Meinung nach „untauglichen Verfahren“, was er aus der geführten Diskussion ableite. Er kritisiert, dass Stadtverordnete entscheiden sollen, wer eine Förderung verdient habe und wer nicht. Bürgerinitiativen seien staatsfern und sollten dies auch bleiben. Herr Schröder betont, dass das Grundanliegen die Würdigung des Ehrenamtes sein solle und man sich von dem Gedanken wegbewegen sollte, Bürgerinitiativen explizit zu würdigen. Frau Kirchner merkt an, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei zu sagen, nach welchen Kriterien ausgewählt wurde und deshalb sollte der Vorschlag abgelehnt werden.

Dem entgegnet Frau Fischer unter Verweis auf den dritten Absatz der Begründung, dass die Auswahl exemplarisch erfolgt sei. Herr Exner fügt hinzu, dass dies eine Übergangsregelung sei, die sich auch in der noch nicht langen Freigabe des Haushalts begründe. Er bittet, dem Antrag dringend zuzustimmen, da die Mittel sonst nicht mehr wirksam werden könnten und sagt für die Vergabe in den nächsten Jahren eine Förderrichtlinie zu.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die mit Beschluss der Haushaltshaltssatzung 2007 (DS 07/SVV/0486) zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung der Arbeit von Bürgerinitiativen in Höhe von 5.000 € für das Jahr 2007 werden als finanzielle Anerkennung und Würdigung einer besonders aktiven, verdienstvollen und langjährigen Arbeit an fünf Potsdamer Stadtteilinitiativen jeweils in Höhe von 1.000 € vergeben.

Gewürdigt werden sollen damit für ihr langjähriges und kontinuierliches Mitwirken an der Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen Lebens in Potsdamer Stadtteilen in diesem Jahr die Bürgerinitiativen Stern und Waldstadt, der Brandenburger Vorstadt e.V., der Bornimer Bürgerverein und der Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf für den Stadtteil Babelsberg.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

zu 14.1 Bilanz Verwaltungsreform 2007

Vorlage: 07/SVV/0993

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Schubert beantragt die Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes sowie des Tagesordnungspunktes 14.2 auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.2007.

Die Vertagung des Tagesordnungspunktes 14.1 wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Vertagung des Tagesordnungspunktes 14.2 wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Nein- Stimmen angenommen.

zu 14.2 Medienbeauftragter

Vorlage: 07/SVV/0874

Oberbürgermeister

siehe 14.1

zu 14.3 Konzept zum Aufbau und Arbeitsweise der Clearingstelle in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 07/SVV/1048

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert an Hand visueller Darstellung das Funktionieren einer Clearingstelle. Die power-point-Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion meint Frau Kirchner, dass sie eine Clearingstelle für entbehrlich halte, wenn die Widerspruchsverfahren bürger-freundlich gestaltet werden. Mit einer Clearingstelle würde nur Personal und Zeit gebunden. Herr Schüler führt aus, dass auch ein Schlichtungsverfahren für die Beteiligten vorteilhaft und zeitsparend sein könne und er freue sich, wenn die gewollten Effekte erzielt werden. Er fragt, ob die Besetzung der Clearingstelle mit dem Personal erfolge, was direkt oder unmittelbar an dem Vorgang beteiligt gewesen sei. Er spricht sich für eine unabhängige Besetzung der Clearingstelle aus, die dann auch eine anerkannte Kompetenz zum Schlichten habe.

Frau Dr. Schröter sieht mit der Clearingstelle mehr Bürokratie als vorher, da damit neue Prozesse „aufgefropft“ würden. Sie fragt, wie sich die Verwaltung das vorstelle und ob z.B. ein Ansprechpartner jederzeit vorhanden sei. Sie finde, dass ein erkanntes Problem mit den falschen Maßnahmen „erschlagen“ werde. Ebenso glaubt Herr Krause nicht an den Erfolg der Clearingstelle und betont, dass die Inanspruchnahme dieser das förmliche Verwaltungsverfahren nicht umgehen dürfe. Die Arbeit der Clearingstelle sollte sich auf die Verletzung von Ermessensspielräumen, auf falsche oder unterlassene Entscheidungen und auf eine fehlende Beförderung von Bürgeransinnen beschränken.

Herr Schüler entgegnet, dass er das Verfahren anders verstehe, nämlich als Angebot für die Bürger neben dem Verwaltungsverfahren. Das mache für ihn aber nur Sinn, wenn es in der Clearingstelle jemanden gebe, der unabhängig ist.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, die Clearingstelle „auszuprobieren“ und sich im Wissen um die Schwachpunkte in einem halben Jahr erneut damit zu befassen.

Herr Exner bittet, die Clearingstelle zu erproben und einem modernen Beschwerdemanagement entsprechend aufzubauen, was das rein förmliche Verfahren ergänze. Er habe die Diskussion so verstanden, dass die Erprobung in Angriff genommen werden solle. Bezug nehmend auf die Fragen zur Personalausstattung informiert Frau Dr. von Kuick-Frenz über einen Pool von Kollegen aus den unterschiedlichsten Geschäftsbereichen sowie die Planung einer externen Mediation in Sonderfällen.

zu 15 Sonstiges

Frau Dr. Müller informiert über zahlreiche Beschwerden Potsdamer Schulen, dass sie unter der verhängten vorläufigen Haushaltssperre leiden, da sie das geplante Geld für Lehr- und Lernmittel nicht ausgeben können. Frau Fischer informiert, dass sich die Beigeordnetenkonferenz auf eine komplette Aufhebung der Mittelsperre geeinigt habe und die Gelder somit fließen können.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Prüfung des Rechtsamtes bezüglich des Vergabeverfahrens für das Tierheim vorliege, antwortet Herr Exner, dass diese fast abgeschlossen sei und in etwa 2 Wochen vorliegen werde. Die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetenen Informationen zu den Personalgesprächen mit Mitarbeitern des Tierheims werden im nicht öffentlichen Teil gegeben.